

Seite 23

Bündner Zeitung Nachrichten

### ***Kommentar***

## **Soll Google die Medien retten?**

Ein Kommentar von Andrea Masüger

Das Forschungsinstitut für Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich publiziert jedes Jahr ein Buch zur Qualität der Schweizer Medien. In der Branche kommen diese Befunde nicht immer nur gut an, weil das Institut unter Professor Mark Eisenegger mit Kritik nicht zurückhält. Dieses Jahr attestiert das Institut den Schweizer Medien weiterhin eine gute Qualität, macht aber angesichts der grossen Probleme in der Branche einen brisanten Vorschlag: Tech-Giganten wie Google, Facebook, WhatsApp etc. sollten eine Abgabe auf ihre Werbeeinnahmen entrichten müssen, mit denen in der Schweiz ein Fonds zur Förderung des Informationsjournalismus eingerichtet werden könnte.

Diese Forderung macht deshalb Sinn, weil diese grossen internationalen Plattformen die Inhalte der Medienhäuser bisher ohne jede Entschädigung oder Gegenleistung nutzen und damit Werbegelder verdienen. Und dies in grossem Stil: Bereits heute gehen von den insgesamt zwei Milliarden Franken Online-Werbung in der Schweiz 1,4 Milliarden an Google – das ist weit mehr als alle Zeitungsverlage der Schweiz in ihrer Gesamtheit einnehmen. Ausserdem fördern Google & Co. die Gratismentalität; nur noch zwölf Prozent der Nutzer sind bereit, für Online-Inhalte zu bezahlen.

Die Autoren des Jahrbuches möchten deshalb jenen Journalismus unterstützen, der für das Funktionieren einer Demokratie wichtig ist. Dieser kommt immer mehr unter Druck, und zwar nicht nur ökonomisch, sondern auch in Bezug auf das Nutzerverhalten. 36 Prozent der Bevölkerung und mehr als die Hälfte aller Jungen suchen sich heute ihre Informationen auf allen möglichen Kanälen unstrukturiert und mehr oder weniger zufällig zusammen. Sie sind damit nicht mehr richtig orientiert. Die Wissenschaft spricht von der Nutzergruppe der News-Deprivierten, die mit relevanten Meldungen unterversorgt sind. Ob diese Konsumentengruppe, die stetig grösser wird, über eine gezielte Medienförderung zurückgeholt werden kann, ist allerdings fraglich.